Sozialversicherungsgericht
des Kantons Zürich

Rechenschaftsbericht
2007

Das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich erstattet dem Kantonsrat des Eidgenössischen Standes Zürich hiermit gemäss § 1 Abs. 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht vom 7. März 1993 seinen dreizehnten Rechenschaftsbericht.

Winterthur, den 1. April 2008

SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT
DES KANTONS ZÜRICH

Die Präsidentin

Christine Grünig

Der Generalsekretär

Robert Schnetzer

Inhalt

Das dreizehnte Berichtsjahr

		Seite
1.	**Überblick**	**7**
1.1	Entwicklung der Eingänge im Berichtsjahr	7
1.2	Erledigungen im Berichtsjahr	8
1.3	Prozessdauer	9
2.	**Plenum und Geschäftsleitung**	11
2.1	Gesamterneuerungswahlen	11
2.2	Rücktritt von Sozialversicherungsrichter Thomas Faesi	11
2.3	Organisation	11
3.	**Schulung und Weiterbildung**	13
4.	**Rechtsprechung**	15
5.	**Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte**	17
6.	**Personelles**	19
6.1	Auslastung Stellenplan	19
6.2	Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang	19
6.3	Belegschaft	20
7.	**Sachliche Zuständigkeit**	25
7.1	Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts	25
7.2	Zuständigkeit des Schiedsgerichts	26
8.	**Statistische Übersichten**	27
8.1	Sozialversicherungsgericht	27
8.2	Schiedsgericht	31
Abkürzungen		33

Das dreizehnte Betriebsjahr

1. Überblick

Im Berichtsjahr sind insgesamt 3'061 Beschwerden und Klagen eingegangen, 12.7 % mehr als im Vorjahr 2006 mit 2'715 Eingängen. Erledigt wurden in derselben Zeit 2'503 Verfahren, 6.5 % weniger als im Vorjahr (2'678 Erledigungen). Als Pendenzen blieben am Ende des Berichtsjahres 2'808 Fälle, was einem Anstieg von 24.8 % gegenüber dem Vorjahr mit 2'250 Pendenzen entspricht.

1.1 Entwicklung der Eingänge im Berichtsjahr

Hinsichtlich der Neueingänge über die einzelnen Rechtsgebiete hinweg war eine aussergewöhnliche Entwicklung festzustellen. Während eine Jahreshochrechnung der Eingänge in den ersten drei Monaten 2007 noch hatte befürchten lassen, dass bis Ende 2007 ein seit 1998 nicht mehr erreichter neuer Höchststand von gegen 3'700 Fällen drohen könnte (vgl. Prognose im Rechenschaftsbericht des Sozialversicherungsgerichts 2006, Ziff. 1.1), haben die Eingänge ab Frühjahr 2007 einen in einer derartigen Ausprägung nicht erwarteten unterschiedlichen weiteren Verlauf genommen. Während in der Unfallversicherung (+38 % gegenüber dem Vorjahr) und in der Invalidenversicherung (+32 %) ein markanter Zuwachs neuer Beschwerden zu verzeichnen war, sind die Neueingänge in der Arbeitslosenversicherung (-16 %), in der beruflichen Vorsorge (-27 %) und insbesondere in der Alters- und Hinterlassenenversicherung (insgesamt -34 %) deutlich zurückgegangen. Die Differenzierung im letztgenannten Bereich zeigt ein noch ausgeprägteres Ergebnis: Die Beschwerden im Leistungs- und Beitragsbereich gingen gegenüber dem Vorjahr um 11 % zurück, diejenigen betreffend Schadenersatz sogar um 63 %.

	2006	2007	Veränderung
Unfallversicherung	401	554	+ 38 %
Invalidenversicherung	1'202	1'588	+ 32 %
Krankenversicherung	138	144	+ 4 %
Opferhilfe, Militärversicherung und Erwerbsersatzordnung sowie Kategorie „Übrige" (kantonalrechtliche Streitigkeiten)	88	88	0
Arbeitslosenversicherung	500	420	- 16 %
Berufliche Vorsorge	171	125	- 27 %
Alters- und Hinterlassenenversicherung	215	142	- 34 %
Total	2'715	3'061	+ 12.7 %

Hinsichtlich des in den letzten Jahren stets mit Besorgnis verfolgten Verlaufs der Neueingänge in der Invalidenversicherung ist darauf hinzuweisen, dass auch nach Inkrafttreten der „Kleinen IV-Revision“ per 1. Juli 2006, mit welcher das am 1. Januar 2003 eingeführte Einspracheverfahren wieder abgeschafft beziehungsweise ein Systemwechsel zum früheren Vorbescheidverfahren vollzogen, sowie eine generelle Kostenpflicht für Gerichtsverfahren im Bereich von Versicherungsleistungen in der IV eingeführt worden ist, keine Abnahme von IV-Beschwerden festgestellt werden kann. Die im Gegenteil beobachtete weitere Zunahme der Fälle in dieser Kategorie ist für das Gericht insofern bedeutsam, als sie die Geschäftslast und damit vor allem die durchschnittliche Prozessdauer und die Betriebskosten (insbesondere Personalkosten und Infrastruktur) wesentlich beeinflussen wird. Wie in den Rechenschaftsberichten des Sozialversicherungsgerichts bereits seit einigen Jahren festgehalten, fällt bei der Prozessbearbeitung von IV-Fällen (und auch von UV-Fällen, die ebenfalls signifikant zugenommen haben), ein deutlich höherer Arbeitsaufwand an als beispielsweise im Bereich der Arbeitslosenversicherung, in welchem der Anteil Neueingänge immer noch eher rückläufig ist.

1.2 Erledigungen im Berichtsjahr

Mit insgesamt 2’503 Erledigungen im Berichtsjahr wurde das Vorjahresergebnis von 2’678 Erledigungen nicht erreicht. Verantwortlich für diesen Rückgang war, abgesehen von dem in den letzten Jahren wiederholt registrierten Anstieg der bearbeitungsintensiveren Fälle in der Invaliden- und der Unfallversicherung, eine vergleichsweise hohe Fluktuationsrate von 12.5 % im Bereich des juristischen Sekretariats (gegenüber durchschnittlich 4.2 % in den drei Vorjahren). In Anzahl Personen ausgedrückt, haben im Laufe des Berichtsjahrs insgesamt acht juristische Sekretärinnen und Sekretäre sowie ein Richter (vgl. unten Ziff. 2.2) das Sozialversicherungsgericht verlassen, was angesichts der guten Wirtschaftslage und des seit Jahren nicht mehr so attraktiven Angebots an Arbeitsstellen ausserhalb der kantonalen Rechtspflege und Verwaltung nicht erstaunt. Bei den abgehenden Juristinnen und Juristen handelte es sich um voll ausgebildete Fachkräfte, deren Ausscheiden sich unmittelbar in sinkenden Erledigungszahlen niedergeschlagen hat. Mit der üblichen zeitlichen Verzögerung von einigen Monaten, bedingt durch Stellenausschreibung, Evaluation der Bewerbungen und Abwarten der Kündigungsfristen an den früheren Arbeitsstellen, konnten bis Anfang 2008 praktisch alle Vakanzen wieder besetzt werden. Angesichts des Umstandes jedoch, dass die sozialversicherungsrechtliche Materie, die an den meisten Schweizer Universitäten (noch) nicht zu den Pflichtfächern gehört, den meisten Neueingetretenen fremd war, gilt es zu berücksichtigen, dass für deren Einarbeitung personelle und zeitliche Kapazitäten beansprucht wurden, die kurzfristig bei der Fallbearbeitung fehlten.

1.3 Prozessdauer

Die durchschnittliche Prozessdauer ist gegenüber dem Vorjahr mit rund 10 Monaten auf 10.5 Monate im Berichtsjahr angestiegen, was in Anbetracht der geschilderten Gesamtumstände einen noch durchaus annehmbaren Wert darstellt.

2. Plenum und Geschäftsleitung

2.1 Gesamterneuerungswahlen

Anlässlich der Gesamterneuerungswahlen der obersten kantonalen Gerichte durch den Kantonsrat am 25. Juni 2007 sind alle bisherigen Mitglieder des Sozialversicherungsgerichts für die nächste sechsjährige Amtsdauer (2007 bis 2013) wiedergewählt worden, ebenso die drei vom Kantonsrat zu wählenden ordentlichen Ersatzmitglieder. Das Sozialversicherungsgericht seinerseits hat die von ihm zu wählenden drei ordentlichen Ersatzmitglieder für die nächste Amtsdauer bis 2013 ebenfalls bestätigt.

2.2 Rücktritt von Sozialversicherungsrichter Thomas Faesi per 31. Oktober 2007

Thomas Faesi, Richter am Sozialversicherungsgericht seit 1. Juli 1998 und Vorsitzender der III. Kammer seit 1. Januar 1999, ist am 3. September 2007 vom Kantonsrat zum Ombudsmann des Kantons Zürich und Nachfolger von Markus Kägi, der seit Frühjahr 2007 als Regierungsrat des Kantons Zürich amtet, gewählt worden und hat seine Demission als Sozialversicherungsrichter per 31. Oktober 2007 eingereicht.

2.3 Organisation

Geschäftsleitung (Amtsperiode 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2007)

Vorsitz	Engler Urs, Gerichtspräsident
Mitglieder	Grünig Christine, 1. Vizepräsidentin
	Daubenmeyer Verena
	Walser Hermann

Geschäftsleitung (Amtsperiode 1. Juli 2007 bis 30. Juni 2009)

Vorsitz	Grünig Christine, Gerichtspräsidentin
Mitglieder	Pfiffner Rauber Brigitte, 1. Vizepräsidentin
	Daubenmeyer Verena
	Hurst Robert

Zusammensetzung der Kammern

I. Kammer	Vorsitz	Grünig Christine, 1. Vizepräsidentin bis 30. Juni 2007, Gerichtspräsidentin ab 1. Juli 2007
	Mitglieder	Spitz Ueli, Vizepräsident (bis 31. Oktober 2007)
		Bürker-Pagani Rosanna
	Ersatzmitglied	Maurer Reiter Edith
II. Kammer	Vorsitz	Mosimann Hans-Jakob, Vizepräsident
	Mitglieder	Meyer Beat
		Pfiffner Rauber Brigitte, 1. Vizepräsidentin ab 1. Juli 2007
		Walser Hermann
	Ersatzmitglieder	Imhof Edgar
		Romero-Käser Irene
III. Kammer	Vorsitz	Faesi Thomas, Vizepräsident (bis 31. Oktober 2007)
		Spitz Ueli, Vizepräsident (ab 1. November 2007)
	Mitglieder	Annaheim-Büttiker Esther
		Daubenmeyer Verena
	Ersatzmitglied	Condamin-Voney Gertrud
IV. Kammer	Vorsitz	Engler Urs, Gerichtspräsident bis 30. Juni 2007, Vizepräsident ab 1. Juli 2007
	Mitglieder	Hurst Robert
		Weibel-Fuchs Rosetta
	Ersatzmitglieder	Arnold Gramigna Christa
		Gräub Erich

Angegliedertes Schiedsgericht

Leitendes Mitglied	Pfiffner Rauber Brigitte
Stellvertreter	Spitz Ueli

3. Schulung und Weiterbildung

Im Rahmen von öffentlichen sozialversicherungsrechtlichen Fachtagungen und Weiterbildungsseminaren sind im Berichtsjahr, mit Kostenübernahme durch das Sozialversicherungsgericht sowie mit Anrechnung des entsprechenden individuellen Zeitaufwandes, wiederum insgesamt rund 60 Veranstaltungstage belegt worden. Eine weitere juristische Mitarbeiterin hat unter vorübergehender Reduktion ihres Beschäftigungsgrades eine Fachausbildung der Universität St. Gallen mit Schwergewicht Haftpflicht- und Versicherungsrecht in Angriff genommen.

Zudem wurden im Berichtsjahr folgende interne Veranstaltungen mit teils externen Fachreferenten organisiert:

- Weiterbildungsveranstaltung zum Thema ‚Subjektiv invalidisierend – medizinisch nicht objektivierbar' (Referenten: Dr. iur. Hans-Jakob Mosimann, Richter am Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich, zur juristischen Perspektive, sowie Dr. med. Gerhard Ebner, M.H.A., Chefarzt Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel, zur medizinischen Perspektive)
- Weiterbildungsveranstaltung zum Thema ‚Freizügigkeitsabkommen EG-Schweiz: Grundzüge und neue EVG-Urteile' (Referent: Dr. iur. et lic. theol. Edgar Imhof, Ersatzrichter am Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich)
- Weiterbildungsveranstaltung zum Thema ‚Gutachten als Schnittstelle von Medizin und Recht – Die Optik des Gutachters' (Referent: Dr. med. Jörg Jeger, Facharzt Rheumatologie FMH, EMBA, Chefarzt MEDAS Zentralschweiz)

4. Rechtsprechung

Unter der Internet-Adresse www.sozialversicherungsgericht.zh.ch stehen sämtliche Kollegialgerichtsentscheide und die wesentlichen Einzelrichterentscheide des Sozialversicherungsgerichts ab Januar 2003 zur Verfügung. Frühere Entscheide (bis und mit 2002) können unter den entsprechenden spezifischen Angaben beim Sozialversicherungsgericht bestellt werden.

5. Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte

Die Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte hat im Berichtsjahr insgesamt drei Sitzungen abgehalten. Folgende Geschäfte wurden dabei behandelt:

- Leitfaden für Richterwahlen: Gemäss Art. 75 Abs. 1 der Kantonsverfassung des Kantons Zürich ist die Prüfung von Kandidaturen für Richterstellen durch eine vom Kantonsrat zu bestimmende Kommission vorgesehen. Die bis zu den Gesamterneuerungswahlen der Kantonsrats im Frühjahr 2007 amtierende Präsidentin der Justizkommission, Kantonsrätin Gabi Petri, ist deshalb an die Verwaltungskommission der obersten Gerichte gelangt mit der Bitte, einen ‚Leitfaden für Richterwahlen' auszuarbeiten. Die Verwaltungskommission beauftragte in der Folge eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Verwaltungsrichter Dr. Andreas Keiser mit den Mitgliedern Kassationsrichter lic. iur. Herbert Heeb, Oberrichter lic. iur. Rolf Naef und Sozialversicherungsrichter lic. iur. Ueli Spitz mit den entsprechenden Arbeiten. Das Ergebnis liegt mittlerweile vor und wird im Frühjahr 2008 von der Verwaltungskommission zuhanden der Justizkommission verabschiedet werden können.
- Projekt ‚Familienergänzende Kinderbetreuung für das kantonale Personal': Die Finanzdirektion des Kantons Zürich hatte im Berichtsjahr das kantonale Personalamt mit der Durchführung eines Projekts zur Frage der familienergänzenden Kinderbetreuung für das kantonale Personal beauftragt. Seitens der Verwaltungskommission der obersten Gerichte nahm Dr. iur. Rhea Schircks Denzler, Gerichtssekretärin am Verwaltungsgericht, in die Projektgruppe Einsitz. Die Arbeiten sollten im Laufe des Jahres 2008 abgeschlossen werden können.

Im Übrigen ist die Verwaltungskommission der obersten Gerichte zu folgenden Vorlagen und Anträgen der Regierung zur Vernehmlassung eingeladen worden:

- Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV)
- Personalmanagement-Strategie 2007-2010
- Neuregelung des Vaterschaftsurlaubs und entsprechende Änderung der Vollzugsverordnung zum kantonalen Personalgesetz

Verwaltungskommission und Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte wurden bis 30. Juni 2007 präsidiert von Prof. Dr. Martin Zweifel, Präsident des Verwaltungsgerichts. Als Vizepräsident amtete bis zu diesem Zeitpunkt lic. iur. Urs Engler, Präsident des Sozialversicherungsgerichts. Am 1. Juli 2007 übernahm lic. iur. Christine Grünig, ab 1. Juli 2007 Präsidentin des Sozialversicherungsgerichts, das Präsidium der Verwaltungskommission und des Plenarausschusses der obersten Gerichte. Auf denselben Zeitpunkt

hin wurde Dr. Rainer Klopfer, Präsident des Obergerichts, zum neuen Vizepräsidenten gewählt.

Delegierte des Sozialversicherungsgerichts waren die folgenden Richterinnen und Richter:

In der Verwaltungskommission der Gerichte:

- Engler Urs (bis 30. Juni 2007)
- Grünig Christine (ab 1. Juli 2007)

Im Plenarausschuss der Gerichte:

- Daubenmeyer Verena
- Engler Urs (bis 30. Juni 2007)
- Grünig Christine
- Hurst Robert (ab 1. Juli 2007)
- Pfiffner Rauber Brigitte
- Spitz Ueli (ab 18. September 2007)
- Walser Hermann (bis 30. Juni 2007)

6. Personelles

6.1 Auslastung Stellenplan

(in Klammern die Werte vom Vorjahr)

- Richter/innen 99.4 % von 9 Vollstellen (100 % von 9 Vollstellen)
- Jur. Sekretariat 90.2 % von 42.3 Vollstellen (103.7 % von 39 Vollstellen)
- Adm. Kanzlei 97.1 % von 10 Vollstellen (96.3 % von 10 Vollstellen)
- Gesamtgericht 92.7 % von 61.3 Vollstellen (101.9 % von 58 Vollstellen)

6.2 Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang

(in Klammern die Werte vom Vorjahr)

		Personen	in %		Personen	in %
Richter/innen Vollstellen: 8.95 (9)	Weiblich	6 (6)	46 (46)	Vollzeit	4 (4)	31 (31)
	Männlich	7 (7)	54 (54)	Teilzeit	9 (9)	69 (69)
	Total	13 (13)	100	Total	13 (13)	100
Ersatzrichter/innen Einsatz im Umfang von 1.62 (1.6) Vollstellen	Weiblich	4 (4)	67 (67)	Vollzeit	0 (0)	0 (0)
	Männlich	2 (2)	33 (33)	Teilzeit	6 (6)	100 (100)
	Total	6 (6)	100	Total	6 (6)	100
Juristisches Sekretariat Vollstellen: 38.14 (40.45)	Weiblich	33 (30)	58 (59)	Vollzeit[3)]	28 (18)	49 (35)
	Männlich	24 (21)	42 (41)	Teilzeit	29 (33)	51 (65)
	Total	57 (51)	100	Total	57 (51)	100
Administrative Kanzlei Vollstellen: 9.71 (9.63)	Weiblich	15 (14)	94 (100)	Vollzeit[3)]	6 (3)	38 (21)
	Männlich	1 (0)	6 (0)	Teilzeit	10 (11)	62 (79)
	Total	16 (14)	100	Total	16 (14)	100
Gesamt[1)] Vollstellen[2)]: 56.8 (59.08)	Weiblich	56 (52)	64 (65)	Vollzeit[3)]	38 (25)	43 (31)
	Männlich	32 (28)	36 (35)	Teilzeit	50 (55)	57 (69)
	Total	88 (80)	100	Total	88 (80)	100

[1)] 4 Personen waren gleichzeitig als Ersatzrichter/innen und als juristische Sekretär/innen eingesetzt und sind deshalb im Gesamttotal nur ein Mal mitgezählt

[2)] exkl. Ersatzrichter/innen

[3)] Im vorliegenden Bericht werden die Mitarbeitenden mit einem Beschäftigungsgrad von 90 % (zur Zeit sind es deren 8) erstmals als Vollzeitbeschäftigte und nicht mehr als Teilzeitbeschäftigte ausgewiesen (analog zur kantonalen Personalstatistik)

6.3 Belegschaft

- **Richterinnen und Richter**

Ordentliche Mitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2007 bis 2013:

- Annaheim-Büttiker Esther, Dr. iur.
- Bürker-Pagani Rosanna, lic. iur.
- Daubenmeyer Verena, lic. iur.
- Engler Urs, lic. iur.
- Faesi Thomas, Dr. iur. (bis 31. Oktober 2007)
- Grünig Christine, lic. iur.
- Hurst Robert, Dr. iur.
- Meyer Beat, lic. iur.
- Mosimann Hans-Jakob, Dr. iur.
- Pfiffner Rauber Brigitte, Dr. iur.
- Spitz Ueli, lic. iur.
- Walser Hermann, Dr. iur.
- Weibel-Fuchs Rosetta, lic. iur.

Ordentliche Ersatzmitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2007 bis 2013:

- Gräub Erich, lic. iur.
- Imhof Edgar, Dr. iur. et lic. theol.
- Romero-Käser Irene, lic. iur.

Ordentliche Ersatzmitglieder, gewählt vom Sozialversicherungsgericht für die Amtsdauer 2007 bis 2013:

- Arnold Gramigna Christa, lic. iur.
- Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
- Maurer Reiter Edith, lic. iur.

- **Generalsekretariat**

  Generalsekretär:

  - Schnetzer Robert, Dr. iur.

  Stellvertretende Generalsekretärin:

  - Palffy Stefanie, lic. iur.

  Adjunkt/Rechnungsführer/EDV-Koordinator:

  - Rüegg Dieter, lic. rer. publ.

  Bereichsverantwortlicher EDV-Applikationen:

  - Ernst Jörg, lic. iur.

  EDV-Support:

  - Pfenninger Sascha, Informatiker

  Wissenschaftliche Dokumentation/Bibliothek:

  - Büchel Harald, lic. iur., NDS IuD

- **Kammersekretariate**

  - Fehr Pascale, lic. iur.
  - Möckli Walter, lic. iur.
  - Peter Oliver, lic. iur.
  - Tanner Imfeld Monika, lic. iur.

- **Juristisches Sekretariat**

  - Bachmann Yvonne, lic. iur.
  - Bachofner Benjamin, lic. iur.
  - Bänninger Schäppi Franziska, lic. iur.
  - Brügger Felix, lic. iur.
  - Brugger Markus, lic. iur. *
  - Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
  - Costa Janine, lic. iur. *

- Dall'O-Bernardini Pascale, Dr. iur.
- Ernst Jörg, lic. iur.
- Fischer Antonia, lic. iur.
- Fraefel Thomas, Dr. iur.
- Gasser Küffer Birgit, lic. iur.
- Gasser Stefan, lic. iur. **
- Gräub Erich, lic. iur.
- Grieder-Martens Annette, lic. iur. *
- Häny Iris, lic. iur.
- Hartmann Irene, lic. iur. *
- Heimgartner Vanessa, lic. iur. *
- Imhof Edgar, Dr. iur. et lic. theol. **
- Klemmt Yves-Alain, lic. iur.
- Kobel Barbara, lic. iur.
- Kübler-Zillig Judith, lic. iur. *
- Lienhard Stefanie, lic. iur.
- Malnati Burkhardt Cristina, lic. iur. **
- Maurer Reiter Edith, lic. iur.
- Meier Camille, lic. iur. **
- Meier-Wiesner Claudia, lic. iur.
- Meili Sandra, lic. iur.
- Paradiso Pasquale, lic. iur. *
- Randacher Madeleine, Dr. iur. **
- Sager Rahel, lic. iur.
- Schetty Alain, lic. iur.
- Schnellmann Reta, lic. iur. **
- Sonderegger Stefan, lic. iur.
- Spross Sabine, lic. iur.
- Steck Yvonne, lic. iur. **
- Stocker Werner, Dr. iur.
- Sturzenegger Ladina, lic. iur. **

- Tettamanti Eva, lic. iur.
- Tiefenbacher Sabine, lic. iur.
- Trüssel Andrea, lic. iur. *
- Vieli Corinne, lic. iur.
- Vogel Christian, lic. iur.
- Volz Melchior, lic. iur.
- Von Aesch Kamer Susanne, lic. iur.
- Von Streng Kitty, Dr. iur.
- Werner Ulrike, lic. iur.
- Wilhelm Georg, lic. iur.

- **Administrative Kanzlei**
  - Bassi Jeanette
  - Beerli Monika
  - Dopp Ilse-Maria
  - Hasler Sonja
  - Klauser Iris
  - Liggenstorfer Angelika
  - Marty Jrene
  - Muralt Susanne *
  - Pandzic Mirjana
  - Picone Monika
  - Schweizer Brigitte
  - Sprenger Erika
  - Theiler Brigitte **
  - Véron Carbogno Agnes **
  - Vetterli Maja

(*) Eintritt im Laufe des Berichtsjahres (ab Januar 2007)

(**) Austritt im Laufe des Berichtsjahres (bis Dezember 2007)

7. Sachliche Zuständigkeit

7.1 Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts

Soweit das Bundesrecht vorschreibt, dass Beschwerden aus dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts durch ein kantonales Versicherungsgericht beurteilt werden, ist hierfür das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Gerichtsinstanz zuständig (vgl. §§ 2 und 4 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht). Dies gilt insbesondere für Beschwerden nach Art. 56 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) in Verbindung mit den Bundesgesetzen über

- die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)
- die Invalidenversicherung (IVG)
- die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG)
- die Krankenversicherung (KVG)
- die Unfallversicherung (UVG)
- die Militärversicherung (MVG)
- den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG)
- die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG)
- die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG)

Im Weiteren ist das Sozialversicherungsgericht zuständig für:

- Klagen nach Art. 73 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) einschliesslich die freiwillige Vorsorge der Personalvorsorgestiftungen gemäss Art. 89^{bis} Abs. 5 und 6 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) und Klagen nach Art. 142 ZGB in Verbindung mit Art. 25 a des Freizügigkeitsgesetzes (FZG) sowie nach Art. 25 FZG
- Klagen über privatrechtliche Streitigkeiten zwischen Versicherungsunternehmen oder zwischen Versicherungsunternehmen und Versicherten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach Art. 85 des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (VAG)
- Beschwerden betreffend Entschädigung und Genugtuung nach Art. 17 des Opferhilfegesetzes (OHG) sowie Beschwerden betreffend materielle Soforthilfe und Übernahme weiterer Kosten im Sinne von Art. 3 des Gesetzes

Gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht entscheidet dieses endgültig über folgende kantonalrechtliche Streitigkeiten:

- Beschwerden betreffend Beihilfen und Gemeindezuschüsse nach §§ 13 und 20 des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur Eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
- Beschwerden betreffend Kinderzulagen nach § 171 a des Gesetzes über die Förderung der Landwirtschaft
- Beschwerden nach § 27 des Gesetzes über Kinderzulagen für Arbeitnehmer
- Beschwerden gemäss Art. 65 KVG sowie gemäss §§ 28 und 29 EG KVG

7.2 Zuständigkeit des Schiedsgerichts

Das dem Sozialversicherungsgericht angegliederte Schiedsgericht beurteilt gemäss § 35 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Instanz Streitigkeiten nach Art. 89 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG), Art. 57 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG), Art. 26 Abs. 4 und Art. 27^{bis} des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) sowie Art. 27 des Bundesgesetzes über die Militärversicherung (MVG).

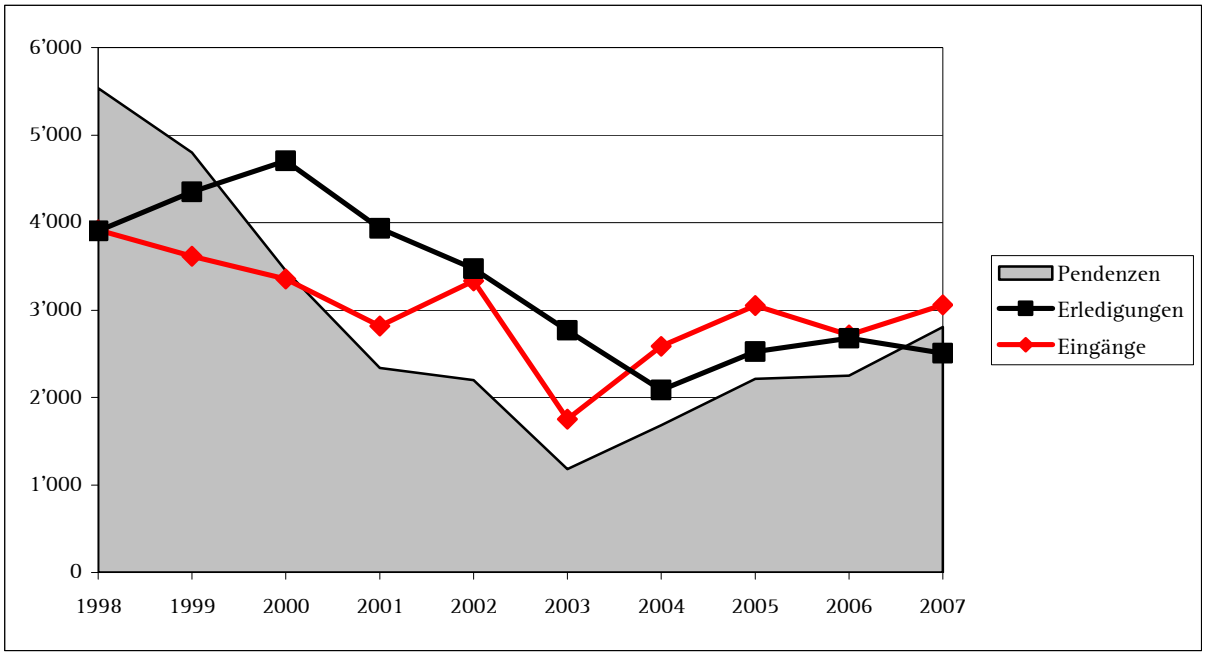
8. Statistische Übersichten

8.1 Sozialversicherungsgericht

- **Bestand (Eingänge, Erledigungen und Pendenzen)**

	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
AHVG (ohne Schadenersatz)	94	106	98	102
AHVG (Schadenersatz)	78	36	74	40
AVIG	337	420	386	371
BVG	158	125	157	126
EOG	0	2	0	2
IVG	1'006	1'588	1'232	1'362
KVG	124	144	124	144
MVG	2	3	1	4
OHG	16	4	7	13
UVG	385	554	355	584
Übrige*	50	79	69	60
2007	**2'250**	**3'061**	**2'503**	**2'808**
2006	2'213	2'715	2'678	2'250
Differenz in %		+ 12.7 %	- 6.5 %	+ 24.8 %

* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)

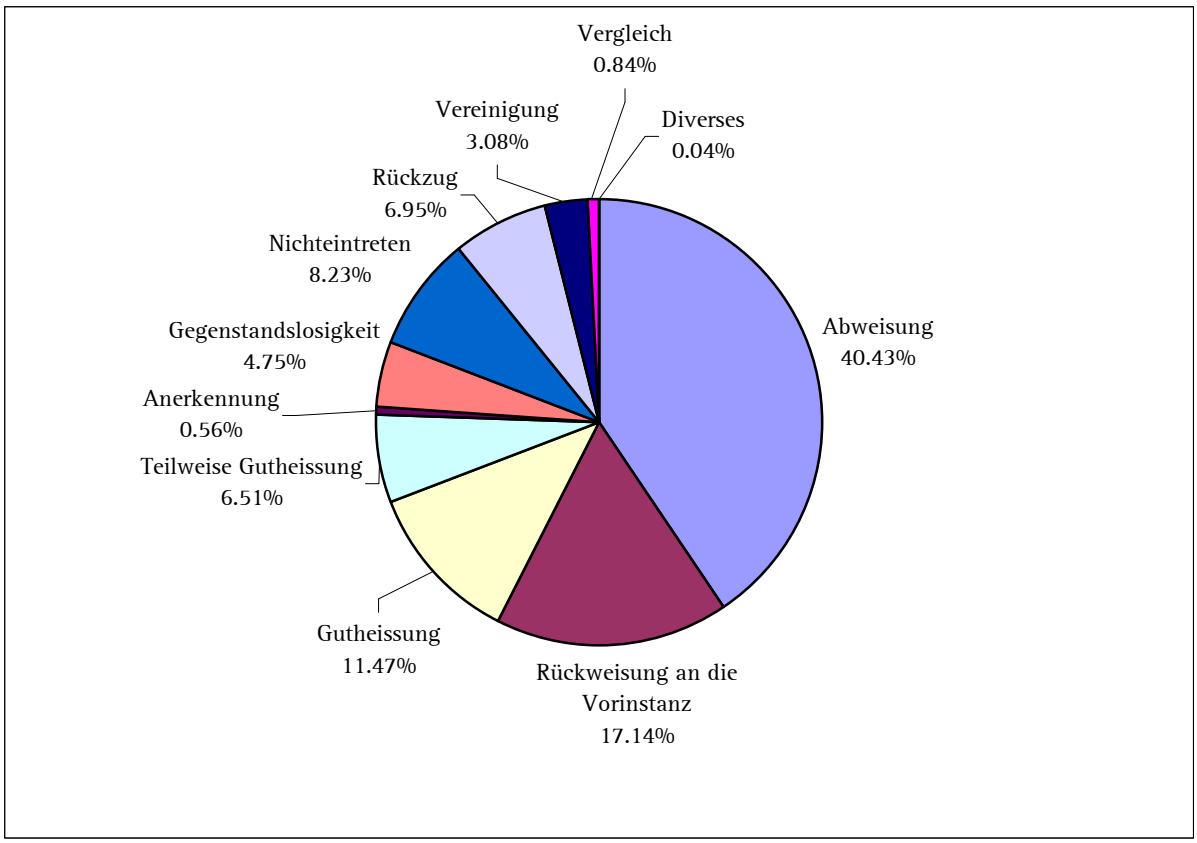


	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Eingänge	3'917	3'615	3'356	2'818	3'335	1'751	2'585	3'054	2'715	3'061
Erledigungen	3'904	4'352	4'704	3'935	3'473	2'767	2'084	2'523	2'678	2'503
Pendenzen	5'537	4'800	3'452	2'335	2'197	1'181	1'682	2'213	2'250	2'808

- **Erledigungsart**

	Abweisung	Rück-weisung[2]	Gut-heissung[2]	Teilw. Gut-heissung	Aner-kennung	Gegen-standslos	Nicht-eintreten	Rückzug	Vereini-gung	Vergleich	Diverses	Total
AHVG (ohne SE)	33	17	14	7	0	2	13	12	0	0	0	98
AHVG (SE)	39	4	4	7	0	3	7	1	9	0	0	74
AVIG	193	31	70	30	0	10	32	8	10	2	0	386
BVG	42	0	48	17	11	5	12	17	2	3	0	157
EOG	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
IVG	430	332	103	69	0	78	88	91	39	1	1	1'232
KVG	42	5	16	12	3	5	16	14	0	11	0	124
MVG	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
OHG	5	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	7
UVG	208	33	19	15	0	7	27	25	17	4	0	355
Übrige[1]	19	7	13	4	0	9	11	6	0	0	0	69
2007	**1'012**	**429[2]**	**287[2]**	**163**	**14**	**119**	**206**	**174**	**77**	**21**	**1**	**2'503**
2006	1'261		711	223	11	82	157	145	71	16	1	2'678

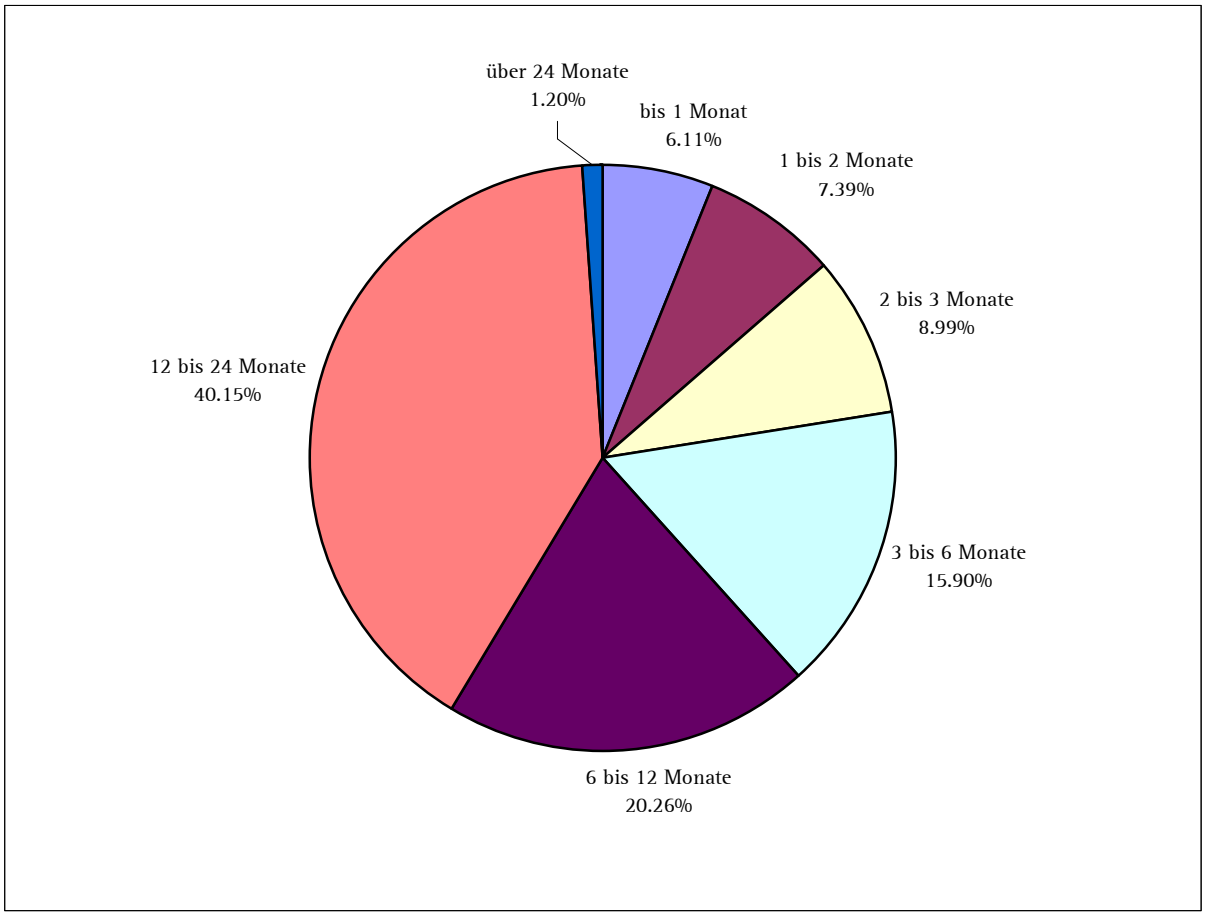
[1] gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)
[2] Die an die Vorinstanz zurückgewiesenen Beschwerden werden im vorliegenden Bericht erstmals separat ausgewiesen. Bis und mit 2006 waren die Rückweisungen in der Rubrik Gutheissungen enthalten



Verfahrensdauer (in Monaten)

	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
AHVG (ohne Schadenersatz)	14	12	9	9	15	36	3	98
AHVG (Schadenersatz)	3	5	4	5	26	30	1	74
AVIG	20	42	30	60	110	123	1	386
BVG	22	9	14	25	20	61	6	157
EOG	0	0	0	0	0	0	0	0
IVG	59	77	131	228	242	486	9	1'232
KVG	8	15	10	15	17	57	2	124
MVG	0	0	0	0	0	1	0	1
OHG	0	1	1	0	1	4	0	7
UVG	20	15	13	50	71	180	6	355
Übrige*	7	9	13	6	5	27	2	69
2007	**153**	**185**	**225**	**398**	**507**	**1'005**	**30**	**2'503**
2006	151	189	158	373	925	853	29	2'678

* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)

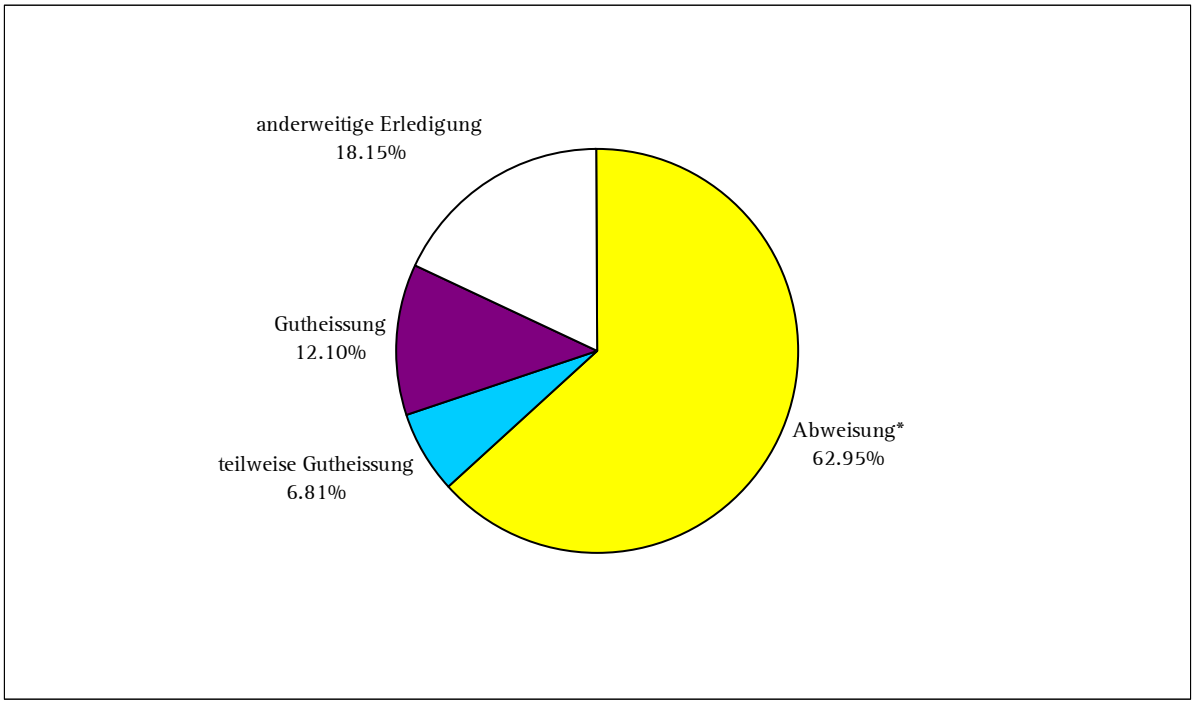


- **Vom Bundesgericht (sozialrechtliche Abteilungen) erledigte Prozesse**

	Abweisung	Teilweise Gutheissung	Gutheissung	anderweitige Erledigung	Total
AHVG (ohne Schadenersatz)	11	1	2	13	27
AHVG (Schadenersatz)	10	2	0	5	17
AVIG	36	3	8	8	55
BVG	24	1	9	6	40
EOG	0	0	0	0	0
IVG	158	18	26	38	240
KVG	8	0	4	7	19
MVG	0	1	0	0	1
OHG*	0	1	0	0	1
UVG	81	9	14	10	114
Übrige**	5	0	1	9	15
2007	**333**	**36**	**64**	**96**	**529**
2006	278	37	67	81	463

* Vom Bundesgericht in Lausanne erledigte Prozesse

** gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)



* Entscheide des Sozialversicherungsgerichts in Rechtskraft erwachsen

Vergleich „Umkehrquote“ Bundesgericht

- Gesamtschweizerisch 23.0 % (Vorjahr 28.3 %)
- Sozialversicherungsgericht ZH 18.9 % (Vorjahr 22.5 %)

8.2 Schiedsgericht

- **Bestand und Erledigungen**

	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
2007	**18**	**12**	**11**	**19**
2006	28	8	18	18

- **Erledigungsart**

	Abweisung	Gutheissung	Teilweis Gut-heissung	Anerkennung	Gegenstands-losigkeit	Nichteintreten	Rückzug	Vereinigung	Vergleich	Diverses	Total
2007	**0**	**1**	**1**	**0**	**1**	**4**	**3**	**0**	**1**	**0**	**11**
2006	3	1	1	1	1	0	3	3	5	0	18

- **Verfahrensdauer in Monaten**

	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
2007	**0**	**2**	**0**	**1**	**3**	**2**	**3**	**11**
2006	1	1	1	5	3	2	5	18

Abkürzungen

AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
AVIG	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
ELG	Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
EOG	Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft
FLG	Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft
GSVGer	Gesetz über das Sozialversicherungsgericht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung
MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung
OHG	Bundesgesetz über die Hilfe an Opfern von Straftaten (Opferhilfegesetz)
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung
VAG	Bundesgesetz betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen